

Redaktion und Verlag:
Berlin SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: 47 Amt Dönhoff 292 648 297
Telegraphenbestelln: Sozialdemokrat Berlin

BERLINER



VOLKSBLATT

In Groß-Berlin 10 Pf.
Auswärts..... 10 Pf.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Für Liste 2!

Unser Kampf für Recht und Freiheit!

Die gestrige Kundgebung im Sportpalast hat für die unerschütterliche Stärke der Sozialdemokratischen Partei in Berlin das eindrucksvollste Zeugnis abgelegt. Daß sie unter den erschwerenden Umständen des Verkehrsstreiks einen so glänzenden Verlauf nehmen konnte, gibt ihr eine besondere Bedeutung. Auf's neue hat sich die sozialdemokratische Arbeiterschaft als ein Zentrum des moralischen Widerstandes gegen die nationalbolsewistische Verwirrung erwiesen. Ohne ihre Befonnenheit und Stärke wäre Deutschland schon längst ein einziges Trümmerfeld!

Am morgigen Wahlsonntag steht die Sozialdemokratie vor einer neuen Kraftprobe. Im Dreifrontenkrieg gegen die Regierung der Barone, gegen den Faschismus und die KPD, soll und wird sie aufs neue ihre Unerschütterlichkeit beweisen. Ihr werden sich alle zugesellen, die erkannt haben, daß die wirtschaftliche Krise nur mit Sozialismus und die politische Krise nur mit Demokratie zu heilen ist.

Auch hier ist der Berliner Verkehrsstreik geradezu Sinnbild der Situation. Getreu der Parole, daß der Hauptschlag gegen die Sozialdemokratie zu führen ist, sind die kommunistischen Arbeiter in eine politisch und moralisch unmögliche Einheitsfront mit den Hitler-Garden gegen ihre gewerkschaftlich disziplinierten Kollegen hineinmanövriert worden. Roffront mit Hitler-Heil ist die neueste Mode. Aber auch diesem Rausch wird ein kahenjämmerliches Erwachen folgen.

Durch das tolle Treiben rümpelt die Sozialdemokratie aufrecht ihren Weg. Sie ist und bleibt die Partei jener Volksmassen, die in aller Not und Sorge dieser Zeit ihren politischen Verstand bewahrt haben, und sie ist das gegebene Sammelbecken für jene Schichten, die nach dem Zusammenbruch förmlicher Illusionen zur Vernunft zurückfinden. In Verteidigung und Angriff, im Zerschneiden aller unhaltbar gewordenen Zustände wie im Aufbau einer neuen besseren Ordnung der Dinge fällt ihr die entscheidende Arbeit zu.

Die Zukunft des arbeitenden Volkes, der Demokratie und des Sozialismus hängt von der Stärke ab, in der die Sozialdemokratische Partei morgen aus der Wahlschlacht zurückkehrt.

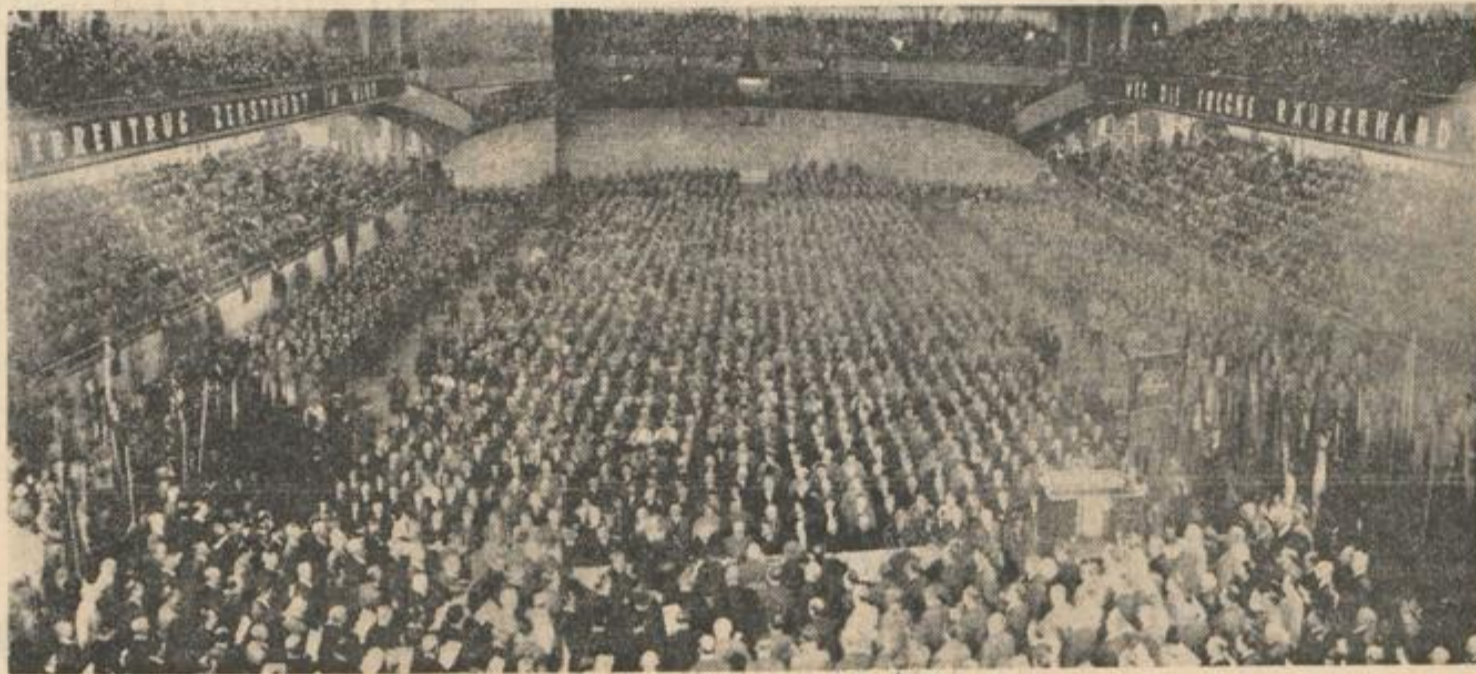
Daran denkt, in diesem Sinne handelt jeder Genosse und jede Genossin im unermüdlichen Kampf!

für Liste 2!

Autoritäre Staatsführung Polizei als Allheilmittel

In der Reichskanzlei fand am Freitagabend eine Besprechung zwischen Vertretern der Reichsregierung und den in Preußen tätigen Kommissaren der Papen-Barone über den Berliner Verkehrsstreik statt. Man kam dahin überein, daß die gesamte Berliner Schutzpolizei heute aufgegeben werden soll, um dem Streik unter allen Umständen ein Ende zu bereiten.

Mit Polizei und Auflagenachrichten allein stellt auch der kommissarischste Reichskommissar die „öffentliche Sicherheit und Ordnung“ nicht her. Dazu bedarf er auch eines Mindestmaßes von Vertrauen im Volke selbst!



Sozialdemokratische Riesenkundgebung im Sportpalast

Zehntausende demonstrieren für Freiheit und Sozialismus

Frieden im Gasbetrieb

Bis 1. Februar 1933 erfolgt kein Lohnabbau — Die Arbeit geht weiter

Der Konflikt in der Gasbetriebsgesellschaft ist heute nacht um 2 Uhr nach Verhandlungen zwischen der Direktion und den freigewerkschaftlichen Vertrauensleuten beigelegt worden.

Wie erinnerlich, hatte die Direktion mit einer Verkürzung der Arbeitszeit von zwei Stunden — zur Vermeidung von Entlassungen — eine weitere Senkung der Löhne verlangt, so daß insgesamt eine Verdienstminderung von 7 bis 8 Proz. eingetreten wäre, nachdem innerhalb eines Jahres die Verdienstminderung der Belegschaft der Gasbetriebsgesellschaft bereits 30 Proz. betragen hat.

Die Gasbetriebsgesellschaft hatte mit der notwendigen Verkürzung der Arbeitszeit immer wieder gewartet. Während in den Städtischen Gaswerken die Arbeitszeitverkürzung auf 44 Stunden bereits im Januar 1931 einsetzte, als ein Lohnabbau noch nicht stattgefunden hatte und somit die

Verdienstminderung die Belegschaft weniger hart traf, begann die Gasbetriebsgesellschaft mit der Verkürzung der Arbeitszeit ein Jahr später, als die Löhne schon erheblich abgebaut waren. Dieser Umstand hat zur Verhärfung des Konflikts beigetragen.

Nachdem das Ergebnis der Abstimmung, wozu wir heute früh bereits berichteten, bekannt war, fanden noch in der Nacht neue Verhandlungen statt. Die Direktion erklärte sich schließlich bereit, die Arbeitszeitverkürzung ab 15. November einzutreten zu lassen, jedoch die Lohnkürzung, die eine Angleichung an die Stundenlöhne der Städtischen Gasarbeiter bezweckt, erst ab 1. Februar 1933.

Diesem Ergebnis der Verhandlungen haben die Vertrauensleute noch heute nacht zugestimmt. Den Belegschaftsmitgliedern ist darüber heute vormittag Bericht erstattet worden. Damit ist der Konflikt bei der Gasbetriebsgesellschaft beigelegt.

Teilverkehr in Berlin

Straßenbahn- und U-Bahnenbetrieb aufgenommen

Nach den blutigen Zwischenfällen des Freitagvormittags verlief die letzte Nacht im großen und ganzen erfreulicherweise ruhig. An einzelnen Stellen hatten sich noch Menschenmassen zusammengedrängt, ohne daß es jedoch zu größeren Zwischenfällen gekommen wäre. Im Osten Berlins am Balkenplatz und in der Neuchlin- und Huttenstraße in Charlottenburg wurden Straßenbahnweichen durch Kommunisten und Nationalsozialisten durch Verschmieren mit Zement unbrauchbar gemacht.

Während in den frühen Morgenstunden die Straßen noch von jedem städtischen Verkehrsmittel entblößt waren, tauchten in der zehnten Stunde in den einzelnen Bezirken der Stadt die ersten Straßenbahnzüge auf. Auf den Straßenbahnstationen hatten sich eine große Anzahl Arbeitswilliger eingefunden. Auch bei der U-Bahn konnte deshalb bald ein Teilverkehr und zwar zuerst auf der Strecke Spittelmarkt—Rönneberger Platz eingerichtet werden. Sowohl die Straßenbahnzüge als auch die U-Bahnwagen waren durch Schutzpolizeibeamte stark gesichert. Trotzdem zeigte sich, daß manche Straßenbahn-

züge vom Publikum nur sehr schwach benutzt wurden, weil man nach den gestrigen Vorfällen noch Befürchtungen hegte verletzt zu werden.

Gegen Mittag hatte die BVG. bereits über 20 Straßenbahnlinien mit etwa 140 Straßenbahnzügen im Betrieb. Außerdem wurde der Verkehr auf der Hochbahnstrecke Warschauer Brücke—Gleisdreieck—Westen wieder aufgenommen. Es hat den Anschein, daß im Lauf des Tages mit einem ziemlich normalen Verkehr gerechnet werden kann.

In den Vormittagsstunden zeigten sich in der Umgebung der Straßenbahndepots wieder verschiedenartig Gruppen von Nationalsozialisten und Kommunisten. Nirgends kam es jedoch zu neuen Sabotageakten, da die Polizei überall starke Posten aufgestellt hatte.

Vollbetrieb in Spandau und Köpenick

Auf einem Teil der Straßenbahnstrecke, so auf dem Bahnhof 28 in Spandau, dem Bahnhof 26 in Köpenick konnten alle Linien in

Betrieb genommen werden. Bis 11 Uhr waren 130 Straßenbahnzüge, zum Teil mit Anhänger, im Betrieb. Der Omnibusverkehr soll vorläufig aus Sicherheitsgründen nicht aufgenommen werden. Auf der Stammstrecke der Hoch- und Untergrundbahn Breitenbachplatz—Binetastraße in Pankow wurde gegen 10½ Uhr vormittags der Betrieb wieder aufgenommen, nachdem Verzüge die Strecke abgefahren hatten.

Monatskarten

Das Nachrichtenamt der Stadt Berlin teilt mit:

Die Zeitkarten der U-Bahn gelten bis auf Widerruf auch auf allen Linien der Straßenbahn und umgekehrt die Monatskarten der Straßenbahn auf der U-Bahn.

Müllabfuhr streikt

Sympathiekundgebung mit der BVG.-Belegschaft

Gestern abend und heute vormittag fanden in den Depots der Städtischen Müllabfuhr Abstimmungen über einen Sympathiestreik statt, der zur Unterstützung der BVG.-Belegschaft stattfinden soll. Von den rund 1100 Beschäftigten stimmten 893 für Streik, 155 dagegen, während 20 Stimmen ungültig waren. Infolgedessen hat die gesamte Belegschaft der Städtischen Müllabfuhr die Arbeit niedergelegt.

Klagges am Ende

Hugenberg kündigt Koalition

Braunschweig, 5. November.

In einer öffentlichen Erklärung kündigen die Deutschnationalen heute das Ende der gegenwärtigen Regierungskoalition und baldige Landtagsneuwahlen an. Die nationalsozialistischen Koalitionspartner werden als „parlamentarische Schwächer“ und als Parteiflügel und Bonzen bezeichnet, die durch einen großen Vertrauensbruch über die finanzpolitischen Absichten Dr. Brüninghals (Einführung einer Schlachtsteuer, das Zollsystem,

